



17. Juni 2015, Praxistag zum Programm «Citoyenneté»

«Citoyenneté»: ein Perspektivenwechsel

Referat von Fiammetta Jahreiss, Vizepräsidentin EKM

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Als Vizepräsidentin der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen begrüsse ich Sie herzlich zum heutigen Praxistag. Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind.

Citoyenneté heisst für mich politische Partizipation. Viele sehen die politische Partizipation als ein Recht, das Migrantinnen und Migranten erst zugestanden werden soll, wenn ihnen – als krönender Abschluss einer gelungenen Integration – die Staatsbürgerschaft verliehen worden ist. Ich bin jedoch der Meinung, dass die politische Partizipation, also die gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe, die Integration fördert. Deshalb ist es wichtig, dass Migrantinnen und Migranten früh mitreden, mitgestalten und mitentscheiden können. In meinen Augen sollte die Citoyenneté nicht am Schluss, sondern am Anfang des Integrationsprozesses stehen. Das ist ein Perspektivenwechsel!

Wenn ich dies sage, dann ist dies meine persönliche Überzeugung. Anhand meiner Lebenserfahrungen und meines politischen Engagements möchte ich Ihnen aufzeigen, weshalb ich zu diesem Schluss gekommen bin.

Citoyenneté – ein Perspektivenwechsel

1978 «wanderte» ich als junge Erwachsene von Italien in die Schweiz ein. Ich bin also eine «Immigrantin der ersten Generation». Dreissig Jahre später wurde ich zur Präsidentin des Stadtzürcher Parlaments gewählt. Wie war dies möglich? Was zeichnet die Reise von den Ufern des Arno an die Gestade der Limmat aus?

Während meines Philologiestudiums in Florenz verliebte ich mich in einen jungen Mann, der schon bald in die Schweiz zurückkehrte, um sein Studium zu beenden. Beziehungen auf Distanz sind auf die Dauer nicht tragbar. Im Anschluss an eine Probezeit in Zürich eröffnete ich meiner Familie und meinen Freunden, dass ich Italien definitiv verlassen würde. Nach der Hochzeit in Florenz wurde ich – wie dies für ausländische Ehefrauen von Schweizern damals üblich war – Schweizer Bürgerin. Ich musste dafür weder einen Antrag stellen noch musste ich ein aufwändiges Prozedere durchlaufen. Das Schweizer Bürgerrecht war übrigens mit ein Grund, weshalb ich den Bund der Ehe eingegangen bin. Ich hätte mir nämlich nicht vorstellen können, in einem Land zu leben, ohne ein vollwertiges Mitglied zu sein, mit allen Rechten und Pflichten. Schon bald nach der Hochzeit konnte ich zum ersten Mal an einer eidgenössischen Abstimmung teilnehmen.

Die Sprache

Nach dem Umzug in die Schweiz warteten grosse Herausforderungen auf mich, allen voran die Sprache. Zwar hatte ich mir am Goethe Institut in Florenz und während eines Sommerkurses in Heidelberg grundlegende Deutschkenntnisse angeeignet, doch die Laute, die ich in meinem neuen Umfeld hörte, erinnerten mich eher an die Nibelungensage als an die deutsche Sprache. Fürs erste entschied ich mich zu schweigen. Ich vertiefte mich stattdessen in die Lektüre von Krimis und Tageszeitungen. Doch dauerte es nicht lange, bis mir schweizerdeutsche Sätze einfacher über die Lippen gingen als die Standardsprache. Endlich konnte ich mich ausdrücken und mit anderen in Kontakt treten. Ein erster wichtiger Schritt war getan, um mich am neuen Ort zurecht zu finden.

Aktive Mitgestaltung in lokalen Vereinen

Mit dem aktiven Engagement in Vereinen öffneten sich mir die Türen in die Politik. Ich war nun seit einigen Jahren in der Schweiz und hatte zwei kleine Kinder. Dies war der Moment, als ich feststellte, dass in Zürich fast keine Möglichkeiten der ausserfamiliären Kinderbetreuung existierten. Für mich, die ich in einer Familie aufgewachsen war, in der Frauen seit Generationen ausser Haus arbeiteten, war dies eine unangenehme Überraschung. Nach langem Suchen stiess ich auf einen «Kindergarten», der von den Eltern selbst getragen wurde. Ich lernte dort eine Mutter kennen, die sich im Elternverein meines Quartiers engagierte. Sie fragte mich, ob ich nicht Lust hätte, im Vorstand dieses Vereins mitwirken. Erst zögerte ich: Würden meine Deutschkenntnisse für ein solches Amt ausreichen? An der Generalversammlung fasste ich dann aber spontan den Beschluss, mich als Kandidatin zur Verfügung zu stellen – und, siehe da, ich wurde prompt gewählt. Schon zwei Jahre später war ich Präsidentin dieses Vereins.

Vom Verein in die Quartierpolitik

Die Tätigkeit bot mir Gelegenheit, im Quartier viele neue Kontakte zu knüpfen. Und sie öffnete mir die Tür, in der Schulpflege meinen Stadtkreis zu vertreten. Ich lernte die Meinungen und Haltungen von Kolleginnen und Kollegen kennen und erfuhr, wie die Institutionen funktionierten. In der Schulpflege setzte ich mich dafür ein, Missverständnisse zwischen der örtlichen Schule und zugezogenen Familien – die sowohl aufgrund der Sprache als auch aufgrund von Wissenslücken entstanden – zu klären.

Vier Jahre lang war ich parteiloses Mitglied in der Schulpflege. Angesichts der anstehenden Wahlen entschied ich mich, jener Partei beizutreten, die ich immer gewählt hatte, weil sie meine Werte vertrat: Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Ein paar Monate später trat ich dem Parteivorstand meiner SP-Sektion bei.

Von der Quartierpolitik in den Gemeinderat

Neben meinem Engagement im Quartier begann ich mich mit Fragen der Zuwanderung zu beschäftigen. 1998 war ich in der Stadt Zürich eines der Gründungsmitglieder der «SP Migration». Diese Gruppierung forderte mehr Mitbestimmung für Migrantinnen und Migranten und eine stärkere Vertretung durch die Kantonalpartei.

Als ich angefragt wurde, mich auf die Liste für die Gemeinderatswahlen stellen zu lassen, willigte ich ein. Ich stellte zwei Bedingungen: Erstens wollte ich nicht im oberen Feld der Liste

kandidieren und zweitens wollte ich offen erklären können, jene dreissig Prozent der Stadtzürcher Bevölkerung zu vertreten, die über keinen Schweizer Pass verfügen. Zu meiner Überraschung gewann meine Partei bei diesen Wahlen einen Sitz hinzu, ich verbesserte mich um einen Sitz und wurde so von einem Tag auf den anderen Mitglied des Gemeinderats. Auch diese Herausforderung nahm ich an. Den Worten wollte ich Taten folgen lassen, und so äusserte ich mein Interesse an der Bürgerrechtskommission, in die ich dann auch gewählt wurde.

Die «Schweizermacherin»

Ich muss zugeben, dass die erste Zeit in der Bürgerrechtskommission schwer war. Es mangelte an objektiven Kriterien. Dies führte zu endlosen und absurden Diskussionen über das Privatleben der Kandidatinnen und Kandidaten. Oft hing die Chance eingebürgert zu werden, davon ab, welche Parteivertreter an der entscheidenden Sitzung anwesend waren. In den ersten vier Jahren gelangte ich zur Überzeugung, dass die bestehenden Probleme nur mit Hilfe eines klaren und transparenten Verfahrens gelöst werden konnten.

Zu Beginn meiner zweiten Legislatur eröffnete sich mir die Gelegenheit, den Vorsitz zu übernehmen. Diese Chance wollte ich packen. Bevor die Bürgerrechtskommission mit der Arbeit begann, definierten die Mitglieder die Spielregeln. Ausgehend von den geltenden Rechtsvorschriften machten klare Kriterien transparente Entscheidungen möglich. Dank der Spielregeln war die Arbeit der Kommission fortan wesentlich effizienter. Die Zahl der Gesuche, die in den Sitzungen bearbeitet wurden, stieg von durchschnittlich vier auf vierzig. Möglich wurde dies, weil ich auf die Zusammenarbeit aller Mitglieder des Ausschusses zählen konnte, einschliesslich derjenigen der SVP. Auch sie waren mit dem von mir gewählten Vorgehen einverstanden, wenngleich sie inhaltlich oftmals anderer Meinung waren.

Frau Präsidentin

Als ich gebeten wurde, mich für das Amt der Parlamentspräsidentin zur Verfügung zu stellen, sagte ich ohne zu zögern zu. Ich war mir des starken symbolischen Charakters dieser Wahl bewusst. Ein Jahr lang würde ich die Stadt Zürich und ihr Parlament an Festlichkeiten und offiziellen Anlässen vertreten. Meine Antrittsrede begann ich mit folgenden Worten: «Was mich von früheren Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten unterscheidet, ist die Tatsache, dass ich in die Schweiz eingewandert bin, dass die hiesige Lokalsprache nicht meine Muttersprache ist und dass ich nicht in diesem Land aufgewachsen bin. Umso grösser ist meine Freude, heute das höchste politische Amt der Stadt Zürich übernehmen zu dürfen. Diese Wahl steht für die kulturelle Vielfalt und Offenheit dieser Stadt, auf die ich stolz bin.»

Ich habe dieses Amt mit Freude und Überzeugung wahrgenommen und habe mich voll und ganz als Zürcherin gefühlt. Zu keinem Zeitpunkt aber habe ich meine Wurzeln vergessen. Die doppelte Identität spiegelte sich auch auf der Einladung zur Einsetzungsfeier wider: Auf dem Bild war das Zürcher Rathaus und der Ponte Vecchio in Florenz zu sehen.

Erfolgsfaktoren

Das also ist meine persönliche Geschichte. Welche Bedingungen begünstigten sie? Betrachten wir die einzelnen Faktoren:

Die akademische Ausbildung, die ich in Italien geniessen durfte und die Tatsache, dass ich Fremdsprachen studiert hatte, waren meinem Werdegang sicher dienlich. In der Schweiz

hatte ich von Anfang an die Möglichkeit, Italienisch zu unterrichten. Hilfreich war sicher auch, dass es mir leicht fiel, Sprachen zu erlernen und dass ich bereit war, Verantwortung zu übernehmen und mich unentgeltlich zu engagieren.

Was jedoch den Ausschlag gegeben hat, ist die Tatsache, dass ich von Anfang an politisch teilnehmen durfte. Nach mehr als dreissig Jahren persönlicher Erfahrung bin ich überzeugt, dass es mir wesentlich schwerer gefallen wäre, mich in mein neues Umfeld einzugliedern, wenn ich nicht die Möglichkeit gehabt hätte, mich aktiv einzubringen und an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse teilzuhaben.

«Citoyenneté» – unser Engagement

Als Vizepräsidentin der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen setze ich mich deshalb klar und unmissverständlich dafür ein, dass alle die Möglichkeit haben sollen, die Gesellschaft in der sie leben, mitzugestalten – mit und ohne Schweizer Pass. Denn Mitsprache und Mitgestaltung sind Grundrechte, sie stehen allen offen. Mein Lebensweg macht deutlich, dass Citoyenneté die Integration erleichtert und fördert. Meine Erfahrung zeigt, dass es falsch ist zu glauben, dass die politische Partizipation der krönende Abschluss eines erfolgreich durchlaufenen Integrationsprozesses ist. Das Gegenteil ist der Fall: Politisches Engagement erleichtert die Integration.

Die EKM hat sich auf die Fahne geschrieben, die Integration durch politische Partizipation zu fördern. In den vergangenen Jahren hat sie im Programm «Citoyenneté» mehr als sechzig innovative Projekte unterstützt. In den kommenden Jahren will sie ihre Bemühungen fortsetzen. Sie will Projekte unterstützen, die neue Wege der Teilnahme und Teilhabe ausloten. Projekte, die auch Migrantinnen und Migranten Möglichkeiten der Mitsprache, der Mitgestaltung und der Mitentscheidung erschliessen.